

# Einschränkung IHRER Grundrechte auf dem Rücken von Opfern ...

## *und warum unsere Kinder darunter zu leiden haben*

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den Medien wird derzeit über einen Gesetzentwurf des Bundes berichtet, mit dessen Hilfe Internetseiten mit kinderpornografischem Inhalt gesperrt werden sollen. Wenn sie jetzt sofort denken „Toll, gegen Kinderpornografie. Das muss bekämpft werden!“, so sollten Sie einen Moment innehalten. Denn die Argumente, die scheinbar für die geplanten Maßnahmen sprechen, sind bei nüchterner Betrachtung nicht nur unhaltbar, sondern sogar irreführend. Sie sind, schlimmer noch, zu großen Teilen gelogen oder gar frei erfunden: Die Anzahl der Fälle von Kinderpornografie ist nicht angestiegen, kinderpornografisches Material wird nicht über öffentlich zugängliche Internetseiten getauscht; der beschriebene millionenschwere Massenmarkt für Kinderpornografie existiert in dieser Form nicht. In über 70% der Fälle kommt der Täter aus dem näheren Umfeld des Opfers, also dem Bekannten- oder Verwandtenkreis. Und gegen den Missbrauch im näheren Umfeld des Täters soll jetzt eine Sperre im Internet helfen?



Der Gesetzentwurf sieht vor, dass eine geheime Liste zu sperrender Inhalte vom Bundeskriminalamt (BKA) erstellt und an die Provider gesendet wird. Alleine das BKA kontrolliert hierbei Aufstellung, Überprüfung und Sperrung der Seiten; keine unabhängige Instanz kann diese Arbeit überprüfen. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass immer wieder legale Seiten erfasst und somit Kollateralschäden nicht ausgeschlossen werden können, was seitens der Regierung wissentlich in Kauf genommen wird. Weiterhin können Werbebanner oder versteckte Links auf blockierte Seiten verweisen, wodurch unschuldige Benutzer als potentielle Täter gelistet werden. Die fehlende Kontrolle, die mögliche Willkür und die Gefahr, dass die Liste bei Veröffentlichung mehr Schaden als Nutzen anrichtet, machen dieses Mittel für das gewünschte Ziel völlig untragbar.

Wegen dieser und weiterer Unzulänglichkeiten wurde beim Bundestag eine elektronische Petition gegen den Gesetzentwurf eingereicht. Diese Petition kann auf der Internetpräsenz des Bundestages [1] eingesehen und durch eine Mitzeichnung aktiv unterstützt werden. So können Sie dazu beitragen, ein medienwirksames Echo zu erzeugen, um eine öffentliche und faire Diskussion zu erzwingen.

Der Kampf gegen Kinderpornografie ist ohne Frage ein unabdingbares Unterfangen. Alle zielführenden Maßnahmen zum Schutz von Kindern, die Aussicht auf Erfolg haben, sollten auch unternommen werden. Die Internetsperre gehört nicht dazu. Deshalb bitten wir Sie: Informieren Sie sich, bilden Sie sich Ihre eigene Meinung und reden Sie mit Ihren Mitmenschen über dieses Thema.

Zukunftsansichten: Die geplante Internetsperre öffnet der weiteren Zensur des Staates alle Tore. Schon jetzt melden sich andere Stellen, um auf diesem gefährlichen Weg ihre Interessen im Internet zu schützen. Das heißt nicht, dass es soweit kommen muss, aber was eine staatliche Zensur für alle bedeuten kann, zeigt uns das Fallbeispiel China. Die Frage, die jeder für sich selber beantworten muss, lautet: Vertraue ich den Politikern, wenn sie heute sagen, dass die Internetsperre zukünftig nicht ausgeweitet wird?

Zur weiteren Information:

[1] <http://tinyurl.com/epetition2009> [2] <http://www.iks-jena.de/mitarb/lutz/vortrag/sperrungen-ohne-belege.pdf>

[3] <http://mogis.wordpress.com/2009/04/29/kern-der-debatte> [4] <http://tinyurl.com/ct-Verschleierungstaktik>

[5] [www.carechild.de](http://www.carechild.de)